

# Der Deutsche Holzarbeiter

Eigentum und obligatorisches Organ des christlichen Holzarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 75 Pfg. Deutscher Postzeitungskatalog 1924a.  
Für die Mitglieder des Verbandes durch die Schließstellen gratis.

Insertionspreis: Die einseitige Zeile ober deren Raum 15 Pfg.  
Redaktion und Expedition: Köln a. Rhein, Palmstraße 14. -- Telephonruf 7605  
Redaktionschluss: Dienstag Mittag.

N. 43.

Köln, den 21. Oktober 1904.

V. Jahrgang.

## Die Notwendigkeit des Christlichen Holzarbeiterverbandes

haben mal wieder sozialdemokratische Verbändler in Hannover durch einen niederträchtigen Gewaltakt brutal bewiesen. Es wird nämlich von dort folgender Vorfall berichtet:

„In der Tischlerei der Firma Hannoversche Holzbearbeitungs- und Waggonfabriken zu Nidlingen bei Hannover war am 21. September der Tischler P., Mitglied des christlichen Holzarbeiterverbandes, eingestellt worden. Schon am folgenden Tage legte man ihm einen Anmeldebogen für die „freie“ Gewerkschaft, den Deutschen Holzarbeiterverband zum unterzeichnen vor. P. lehnte ab. Die planmäßige „Kleinarbeit“, welche nun inszeniert wurde zur Umstimmung des P., setzte sich aus folgenden Einzelheiten zusammen. Gegen den Vorsitzenden des christlichen Verbandes erhob man den Vorwurf, er beziehe sein Gehalt von der Regierung. Dann kamen Angriffe auf den Papst. Die Päpste hätten sich das Geld im Dreißigjährigen Kriege zusammengesammelt. Man redete den P. meistens mit „Pius“, zuweilen mit „Pius XV.“, sehr oft auch mit „Jesus Christus“ an. Am Werkzeugkasten des P. befand sich eines Tages ein Zettel mit der Aufschrift „Jesus Christus“. Nachdem P. denselben entfernt, fand er am letzten Donnerstag an derselben Stelle einen Aufnahmestempel für den Deutschen Holzarbeiterverband aufgeklebt, der Platz für den Namen war wieder mit „Jesus Christus“ ausgefüllt. Aus der benachbarten Werkstatt, die durch eine große Thür vom Arbeitsraum des P. getrennt ist, wurde öfter mit Holzstücken und Pantoffeln nach P. geworfen. Als P. am Freitagabend gegen 5 Uhr die Werkstatt auf einen Augenblick verlassen hatte, war sein Puhobel verschwunden. Er mußte infolgedessen an dem Abend seine Arbeit abbrechen. Am Samstag den 8. Oktober zeigte er das Verschwinden des Hobels dem Meister an. Als dieser den Nachbargenossen für das Verschwinden des Hobels verantwortlich machte, wurde P. mit den schwersten Drohungen überschüttet, besonders der „freiorganisierte“ Br. zeichnete sich bei den Drohungen aus: man werde den P. todschlagen, unter die Decke hängen usw. Der Meister wollte den P. beruhigen und in der Werkstatt behalten, aber P. ging, da er diesen Belästigungen und Verhöhnungen nicht länger ausgeht sein wollte.“

Ein Puff! jenen gemeinen Subjekten, die mit dergleichen Mitteln andere denkende Arbeiter um Arbeit und Brot bringen. Kollegen, gebt auf solche Gemeinheiten die einzig richtige Antwort: Niemand agitiert sich erst recht für den christlichen Holzarbeiterverband! Nur durch die Stärkung der christlichen Gewerkschaften wird es uns möglich, die Freiheit der deutschen Arbeiter nach allen Seiten hin zu schützen.

## Die Arbeitervertretung in der Invaliden- und Unfallversicherung.

Die Organisation der Krankenversicherung und die Verwaltung der Krankenkassen erfreut sich vornehmlich dort, wo eine frisch pulsierende Arbeiterbewegung besteht, des regen Interesses der Versicherten, und mit Recht; hängt es doch vornehmlich von der Tüchtigkeit der in die Verwaltung der Krankenkassen gewählten Arbeitervertreter ab, ob die Kasse zu einer wirklichen Wohlfahrtsanstalt ausgebaut und die Geschäftsleitung in wohlwollend gerechter Weise gehandhabt wird, oder ob die Kassenverwaltung dann schon ihren Daseinszweck als erfüllt betrachtet, wenn bei möglichst geringen Beiträgen die gesetzlichen Mindestleistungen gewährt — oder auch nicht gewährt werden. Es gibt ja leider noch Kassenverwaltungen, die sich

einbilden, eine sozialpolitische Großtat vollbracht zu haben, wenn sie einem armen erkrankten Arbeiter, der ihr nicht schnell genug wieder gesund wird, durch zwangswise Ueberweisung ins Krankenhaus oder durch Beeinflussung des Kassenarztes um die Krankenunterstützung bringen.

Im Gegensatz zur Krankenversicherung ist der Mehrzahl der versicherten Arbeiter die Organisation und die Verwaltung der Invaliden- und Unfallversicherung ein Buch mit sieben Siegeln. Diese Erscheinung ist erklärlich, wenn man den komplizierten Organisationsapparat, den die breite Öffentlichkeit nicht berührenden Wahlmodus und weiterhin berücksichtigt, daß die Invaliden- und Unfallversicherung die Mitwirkung der Arbeitervertreter nicht so intensiv in Anspruch nimmt, wie dies bei der Krankenversicherung der Fall ist.

Bei der Abänderung der Invaliden- und Unfallgesetze in den Jahren 1899 und 1900 ist man auf den glücklichen Gedanken gekommen, die Arbeitervertretung in diesen Versicherungszweigen sowohl wie auch in den zur Entscheidung von Streitfällen berufenen Gerichtshöfen — die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung und das Reichsversicherungsamt bzw. die Landesversicherungsämter der — auf einer einheitlichen Basis, nämlich die Krankenversicherung, zu organisieren.

Durch diese Neuerung sind den Arbeitervertretern in den Krankenkassen neue wichtige Aufgaben übertragen worden, ein Grund mehr für die christliche Arbeiterschaft, der Krankenversicherung und den Vertreterwahlen das größte Interesse entgegen zu bringen.

Der Uebergang von der Krankenversicherung zu den übrigen Versicherungszweigen vermitteln die Krankenkassenvorstände.

Den unteren Verwaltungsbehörden weist nämlich das Gesetz insbesondere folgende Aufgaben zu:

a) Die Anträge auf Bewilligung von Invaliden- und Altersrenten oder auf Beitragsbefreiungen entgegenzunehmen und sich zu denselben gutachtlich zu äußern;  
b) Gutachten darüber zu erstatten, ob Invalidenrenten entzogen und Rentenzahlungen eingestellt werden sollen;

c) Heilverfahren zu vermitteln und  
d) den Beteiligten über alle die Invalidenversicherung betreffenden Angelegenheiten Auskunft zu erteilen.

Bzüglich der Tätigkeit der Weisiger bestimmt § 59 des Invalidengesetzes, daß zwei derselben, ein Arbeiter und ein Arbeitgeber, in der von der Regierung festgesetzten Reihenfolge, von der unteren Verwaltungsbehörde zur Prüfung und Beratung zugezogen werden müssen, wenn Letztere meint, daß ein erhobener Anspruch auf Invalidenrente als nicht gerechtfertigt bezeichnet oder die Entziehung einer Rente befürwortet werden müsse. Die Weisiger haben also zu untersuchen, ob dem Versicherten nicht mit Verfassung bzw. Entziehung der Rente Unrecht geschieht und müssen dementsprechend auch ihr Gutachten (die schließliche Entscheidung liegt bei der Versicherungsanstalt und eventl. bei den gerichtlichen Instanzen) abgeben.

Den Weisigern bei der unteren Verwaltungsbehörde ist weiterhin das wichtige Recht übertragen worden, die Mitglieder des Ausschusses der Versicherungsanstalt zu wählen. Dieser Ausschuss besteht aus mindestens 10 Vertretern und zwar müssen es Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Zahl sein. Für jeden Vertreter sind außerdem mindestens 2 Ersatzmänner zu wählen, die dann eintreten, wenn der eigentliche Vertreter sein Amt nicht mehr ausüben kann.

Dieser Ausschuss hat für die Invalidenversicherung ungefähr dieselben Funktionen auszuüben, die in den Krankenkassen der Generalversammlung übertragen sind. Insbesondere ist es dem Ausschusse vorbehalten, die nicht beamteten Mitglieder des Vorstandes der Versicherungsanstalt zu wählen, den Haushaltsvoranschlag aufzustellen, die Jahresrechnung zu prüfen, die ganze Geschäftsführung des Vorstandes der Versicherungsanstalt zu überwachen und die Weisiger zu den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung zu wählen. Außerdem ist es den Ausschussmitgliedern aus dem Arbeiterstande übertragen worden, die Arbeitervertreter zu wählen, welche beim Erlasse der Unfallverhütungsvorschriften gemäß § 120a bis 120c der Gewerbeordnung zur Beratung zugezogen werden müssen.

Die bedeutungsvollste Funktion des Ausschusses dürfte aber darin bestehen, daß er die Weisiger der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung (der Vorsitzende wird vom Ministerium ernannt) zu wählen hat.

Die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung sind berufen, die aus der Unfall- und Invalidenversicherung zwischen den Versicherungsträgern — Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten — und den Versicherten sowie den Angehörigen derselben erwachsenden Streitigkeiten durch Urteil nach Recht und Gerechtigkeit zu entscheiden. Die Weisiger sollen nach dem Willen des Gesetzgebers beim Schiedsgerichte als wirkliche Richter fungieren und kraft der ihnen innewohnenden Kenntnis der besonderen Betriebsverhältnisse speziell sich darüber ausschlaggebend äußern, inwieweit ein Versicherter noch als arbeitsfähig zu gelten hat. Die hohe Bedeutung der Schiedsgerichte und die Verantwortlichkeit des Weisigeramtes wird am besten durch Zahlen illustriert: Im Jahre 1903 sind bei den in Deutschland bestehenden 123 Schiedsgerichten im ganzen 70 889 Streitfachen wegen Unfallentschädigung und 23 816 Berufungen wegen verweigerter Invalidenrente anhängig gemacht worden; halb 100 000 Versicherte mußten also ihr Schicksal in die Hände des Schiedsgerichtes legen.

Aber nicht nur als Richter, sondern auch als Wähler müssen sich die Schiedsgerichtsweisiger betätigen, da von ihnen die Laienmitglieder des Reichsversicherungsamtes gewählt werden. Das Reichsversicherungsamt, seine Belegung und seine Rechtsprechung, fordert aber das höchste Interesse der Arbeiter, weil es der höchste Gerichtshof in Unfall- und Invalidenrentenstreitsachen ist und dessen Entscheidungen die Richtschnur für die Auslegung und Anwendung der Gesetze bilden.

## Die Wahl der Vertreter bei den unteren Verwaltungsbehörden

hat nach der von den Landeszentralbehörden (in Preußen von den Oberpräsidenten im Auftrage des Ministers für Handel und Gewerbe) erlassenen Wahlordnungen, in der Zeit von Oktober bis Dezember stattzufinden.

Da die Amtsperiode der Vertreter 5 Jahre dauert und die jetzigen Vertreter im Herbst 1899 für die Zeit ab 1. Januar 1900 gewählt worden sind, stehen die Neuwahlen unmittelbar vor der Thür.

Berechtigt zur Teilnahme an den Vertreterwahlen sind:

a) Die Vorstände der im Bezirke der unteren Verwaltungsbehörde vorhandenen Orts-, Betriebs-, Bau und Innungskrankenkassen, der Knappschaftskassen, der Seemannskassen, sowie anderer zur Wahrnehmung von Interessen der Seelente bestimmten und obrigkeitlich genehmigten Vereinigungen von Seelenten;

b) die Vorstände derjenigen freien Hilfskassen, welche als Ersatz der Zwangsversicherung zugelassen sind und deren Bezirk nicht denjenigen der unteren Verwaltungsbehörde überschreitet (die zentralisierten Hilfskassen haben also kein Wahlrecht) und

c) die Kreisaußschüsse bzw. Stadtbehörden für die nach dem Invalidenversicherungsgesetz versicherungspflichtigen, aber keiner Krankenkasse angehörenden Personen.

Das Stimmenverhältnis der Wahlberechtigten richtet sich nach der Zahl der von ihnen vertretenen Versicherten. Wahlkörper mit nicht mehr wie 50 Versicherten haben nur eine Stimme; bei solchen mit mehr wie 50 bis zu 100 Versicherten werden zwei Stimmen angerechnet; die weitere Steigerung erfolgt in der Weise, daß für je 100 Versicherte eine Stimme zugerechnet wird.

Nur Vorbereitung der Wahl müssen bis zum 1. Oktober des Wahljahres die Krankenkassen die Zahl ihrer dem Invalidenversicherungsgesetze unterstehenden Mitglieder anzeigen; den Gemeindebehörden liegt die Pflicht ob, die Zahl derjenigen Personen zu melden, welche von der Invalidenversicherung betroffen werden, in Krankenkassen aber nicht organisiert sind.

Die Wahl erfolgt auf Aufforderung der unteren Verwaltungsbehörde, welche den einzelnen Wahlkörpern einen Stimmzettel zugestellt hat, auf dem vermerkt sein muß:

1. die Zahl der dem betr. Wahlkörper zustehenden Stimmen,
2. die Zahl der zu wählenden Vertreter und
3. der Endtermin, bis zu welchem der Zettel zurückzugeben ist.

Nach Eingang des Wahljournals muß der Vorsitzende die Wahlberechtigten einberufen und die Wahl tätigen lassen. Das Resultat der Wahl ist in dem Stimmjournal einzutragen und dieser dann der unteren Verwaltungsbehörde zurückzureichen.

Die untere Verwaltungsbehörde muß unter Zugiehung eines vereideten Protokollführers die abgegebenen Stimmen zusammenstellen und gelten die Meistbestimmten als gewählt.

Falls während der Wahlperiode von 5 Jahren Vertreter aus dem Amte ausscheiden, so treten diejenigen Personen als Ersatzmänner ein, welche die nächstgrößte Zahl gültiger Stimmen auf sich vereinigt hatten; eventuell, falls nämlich Personen, auf welche gültige Stimmen gefallen sind, nicht vorhanden sein sollten, hat eine Nachwahl stattzufinden.

Für den Bezirk einer jeden unteren Verwaltungsbehörde müssen mindestens 8 Vertreter und zwar 4 Arbeiter und 4 Arbeitgeber gewählt werden; die Landeszentralbehörden sind befugt, eine größere Vertreterzahl (aber keine geringere) zu bestimmen, jedoch muß das Zahlenverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter immer gleich sein.

Wählbar als Vertreter bei der unteren Verwaltungsbehörde sind alle diejenigen deutschen männlichen Personen über 21 Jahre, welche zum Amte eines Schöffen fähig sind.

(Das Amt eines Schöffen können nicht bekleiden solche Personen, denen diese Befähigung durch strafgerichtliches Urteil aberkannt worden ist, gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder eines Vergehens eröffnet ist, das die Verkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann und solche Personen, die infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind).

Voraussetzung ist ferner, daß der zu wählende Vertreter der Versicherten auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes versichert ist und Beiträge leistet; es können also hier nicht nur versicherungspflichtige, sondern auch freiwillig versicherte Personen gewählt werden. Die Vertreter der Arbeitgeber müssen entweder selbst versicherungspflichtige Personen beschäftigen oder bevollmächtigte Leiter derartiger Betriebe sein. Endlich ist zu berücksichtigen, daß die Vertreter im Bezirke der unteren Verwaltungsbehörde und mindestens zur Hälfte an deren Sitz oder in einer Entfernung bis zu 10 Kilometer von demselben wohnen müssen und nicht Mitglied des Vorstandes der Versicherungsanstalt oder eines Schiedsgerichts sein dürfen.

Nachdem die Wahlen zu den unteren Verwaltungsbehörden abgeschlossen sind, werden dann nächstens die neu gewählten Vertreter die Mitglieder des Ausschusses der Landesversicherungsanstalten wählen. Diese wiederum wählen die Mitglieder zu den Schiedsgerichten und die Arbeitervertreter zur Beratung der berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften, bis endlich die Schiedsgerichtsbeisitzer in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres zur Wahl der Vertreter beim Reichsversicherungsamte schreiten. Die Vertreterwahlen bringen also auch die Entscheidung darüber, wie die übrigen Ämter in der Selbstverwaltung der Arbeiterversicherung besetzt werden!

Es ist für die Arbeiterschaft von eminenter Bedeutung, daß nur zuverlässige und kenntnisreiche Leute zu Vertretern bei den unteren Verwaltungsbehörden gewählt werden, nur klassenbewusste Arbeiter, die bereit sind, im Interesse der Gesamtheit ihre freie Zeit dem Studium der sozialen Gesetzgebung zu widmen und bei Ausübung ihres wichtigen Amtes rücksichtslos dem Rechte zu dienen.

Da die Wahlen, wie bereits oben gesagt, in aller nächster Zeit stattfinden, müssen die örtlichen Verwaltungstellen der christlichen Gewerkschaften dort, wo es bis jetzt noch nicht geschehen ist, sofort zusammentreten und gemeinsam mit den übrigen Arbeiterorganisationen (Arbeitervereine etc.) alle Hebel in Bewegung setzen, damit zunächst alle Klassen von ihrem gesetzlichen Wahlrechte Gebrauch machen und daß nur solche Kollegen gewählt werden, deren Vorleben dafür bürgt, daß die in sie gesetzten Erwartungen auch in Erfüllung gehen.

Man bedenke, daß für fünf lange Jahre das Wohl und Wehe derjenigen Personen, welche auf die Leistungen der Unfall- oder Invalidenversicherung Anspruch erheben, zu einem nicht geringen Teile von dem Resultate der Vertreterwahl abhängig ist.

**Zu den Gewerbegerichtswahlen in Bochum.**

Während in den meisten Industriestädten die Besitzerstellen am Gewerbegericht und die sonstigen Arbeitervertreter Posten von Anhängern der Sozialdemokratie besetzt sind, dank der Gleichgültigkeit so vieler auf christlichem Boden stehenden Arbeiter, hat es in letzter Zeit den Anschein, als ob die christlichen Arbeiter sich allmählich mehr und mehr ihrer Pflicht bewußt würden. So hat z. B. die Liste der christlichen Gewerkschaften bei den letzten Wahlen in Duisburg gesiegt, ferner in Herne, und neuerdings auch in Bochum. Diese letzten Ergebnisse sind um so bedeutender, als nach den angeführten Erfolgen des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes bei den Knappheitswahlen, welche allerdings unter Anwesenheit recht beträchtlicher Wählerströme stattfanden, aber wegen der

Kühnheit gerichtet sind. Es schien fast, als ernte die Sozialdemokratie bei jeder Wahl neue Siege und neuen Anhang. Diese Illusion der Sozies ist, wenigstens für Bochum, durch den Ausfall der Gewerbegerichtswahlen gründlich zerstreut. Zum allgemeinen Verständnis sei mitgeteilt, daß das hiesige Gewerbegericht in zwei Spruchkammern — für die Fabrikbetriebe (Spruchkammer 1) und für die Handwerksbetriebe (Spruchkammer 2) eingeteilt ist. Nur die letztere war seit ihrem Bestehen mit sozialdemokratischen Weisigern besetzt. Die Wahlen zur Spruchkammer 1 fanden am 5. und 6. Oktober statt und endigten mit folgenden Resultaten: Abgegeben wurden 2155 Stimmen, davon entfielen auf die Liste des christlich-sozialen Ausschusses 1721 Stimmen, und auf die sozialdemokratische Liste 432. Zwei Stimmen waren ungültig. Besonders erfreulich ist bei dieser Wahl die Beteiligung gegenüber den früheren Wahlen, obgleich dieselbe nicht vollständig befriedigt. Vor zwei Jahren machten 1180 Personen von ihrem Wahlrecht Gebrauch, in diesem Jahre also rund 1000 Personen mehr. Es ist ferner sehr beachtenswert, daß die Stimmengahl der sozialdemokratischen Liste trotz des Bündnisses mit den Hirsch-Dunkler nur um 69 Zuwachs (von 364 auf 432) erhielt. Entweder haben hier die Hirsch-Dunkler nicht für die Liste der sozialdemokratischen Gewerkschaften gestimmt, oder aber die Anhängerzahl der Sozialdemokratie ist in den Fabrikbetrieben kleiner geworden. Ersterees wird wohl zutreffen, aber dennoch dürfen die Hirsch-Dunkler'schen Heften die Wahlkosten decken und sie dürfen sich auch in Zukunft noch von den sozialdemokratischen Gewerkschaften bekämpfen lassen.

Ein noch erfreulicheres Resultat brachte die Wahl zur Spruchkammer 2 für Handwerksbetriebe. Seit Bestehens dieser Kammer war dieselbe durch Sozialdemokraten vertreten, jedoch war die Beteiligung an den früheren Wahlen eine äußerst schlechte und die Liste der Gegner erhielt nur eine schwache Majorität.

Vor zwei Jahren wurden insgesamt 349 Stimmen abgegeben, 182 für die sozialdemokratische und 167 für die christliche Liste. Die diesjährige Wahl war von beiden Seiten gut vorbereitet und der Kampf schien ein heißer zu werden. Da die Liste der Christlichen bereits am ersten Wahltage einen enormen Vorsprung erhielt, so verdoppelten die Gegner ihren Eifer, ein Kriegsruf „Reserve vor“ wurde in dem sozialdemokratischen Volksblatt losgelassen, ein Extrablatt erschien, die Geistlichkeit mußte in Agitation eine Rolle spielen, doch alles half nicht, vielmehr behauptet der Schreiber dieses, daß recht viele erst durch die widerliche, ekelhafte Art der Agitation sich entschlossen haben, für die christliche Liste zu stimmen. Von 1003 abgegebenen Stimmen erhielt die christliche Liste 636 Stimmen, die sozialdemokratische 363 Stimmen. Ungültig waren 4 Stimmzettel. Die Stimmengahl der christlichen Gewerkschaften nahm also fast um das Vierfache zu, während die Gegner ihre Stimmengahl nur verdoppelten. Dieser Erfolg ist auf die rühmliche Arbeit der christlichen Gewerkschaften zurückzuführen. Die Arbeit, welche innerhalb der letzten zwei Jahre geleistet wurde, hat gute Früchte getragen. Hervorgehoben zu werden verdient auch besonders der Eifer der Mitglieder unserer Zählstelle, von denen die Wahlberechtigten nicht nur alle ihr Wahlrecht ausübten, sondern auch bei der Agitation ihren Mann standen. Hoffen wir, daß dieses auch in Zukunft so bleibt, und lassen wir uns von niemand in Punkte Pflichterfüllung abstreifen.

Doch muß auch die Tätigkeit des sozialen Ausschusses anerkannt werden, indem durch denselben Anregung und Begeisterung in die angeschlossenen Vereine getragen wurde. Besonders interessant erscheint uns das Gebahren, welches schon mehr einem Lohndruckersinn gleich, des hier erscheinenden sozialdemokratischen „Volksblatts“, welches sich nach dem Hereinfall ihrer Getreuen, wie folgt vernehmen läßt:

„Was im Großen bei politischen Wahlen so oft in die Erscheinung trat, die eine reaktionäre Masse, das machte sich hier im Kleinen bemerkbar. Es trat den „freien“ und den Hirsch-Dunkler'schen Gewerkschaften eine Koalition der sonst widerhaarigen Elemente entgegen, Rudes und Finsternisse, Kömlinge und Jesuitenesser, evangelische Arbeitervereine und katholische Gesellenvereine nebst katholischen Gewerkschaften, dazu kamen noch die evangelischen Bürgervereine und gesamte ultramontane Bochumer Heerband. Dieser Koalition, welche sich zusammengesunden unter der Firma: „Sozialer Ausschuß“, standen alle Hilfsmittel, von der Telefonstuppe bis zur hohen obrigkeitlichen Protektion zur Verfügung. Und der Klerus gab seinen Segen zu diesem Bündnis und seine Hilfe. Diese, wie schon gesagt, widerhaarigen Elemente fanden sich hier zusammen; galt es doch gegen die verhassten Sozialdemokraten den Feldzug zu predigen und zu führen. Die ultramontan-nationalliberal-evangelisch-katholischen etc. Brüder, haben also einen Sieg errungen, auf den sie nicht stolz zu sein brauchen.“

Diesem, gewiß den sozialdemokratischen Schimpfdruckern entnommenen Sagbilden, kann selbst der geriebenste Genosse nichts sagiger mehr anfügen. Wir können demgegenüber nur sagen: „Ein Jeder blamiert sich so gut wie er kann“. Mit Schimpfen und Phrasengeschwall scheint man die ererbtete Niederlage beschönigen zu wollen und läßt dabei recht heulig durchblicken, daß ihnen der Zusammenschluß der Arbeiter katholischer und evangelischer Konfession, der größte Dorn im Auge ist. — Doch die konfessionelle Hege zieht nicht mehr. — Ein Bräus den christlichen Arbeitern; schart Euch zusammen zur Vertretung eurer wirtschaftlichen und sozialen Interessen, ohne Unterschied der Konfession in den christlichen Gewerkschaften.

**Rundschau.**

**Wahlfrage.** In Dortmund fand am 16. Oktober die Wahl der Vertreter für die freie Innungs-Krankenkasse statt. Hierbei erhielten die Kandidaten der christlichen Gewerkschaften 416 und die der „freien“ 272 Stimmen. Als die „Freien“ beim Zählen der Stimmen merkten, daß sie unterliegen würden, konnten einige von ihnen es nicht unterlassen, ihrer Wut über den Sieg der verhassten Christlichen freien Ausdruck zu geben. Vielleicht werden sie auch in Dortmund, „Genossen“ als

mächlich zu der Einsicht gezwungen, daß sie mit den christlichen Gewerkschaften zu rechnen haben.

Eine täglich erscheinende Zeitung beabsichtigt man in Kreisen des Ausbreitungsverbandes der S. D. Gewerkschaften für Rheinland und Westfalen zu gründen. In den in Betracht kommenden Ortsgruppen der Gewerkschaften (S. D.) wird bereits eifrig Propaganda für die neue Gründung gemacht. Nach Ausführungen, die auf einer Bezirksversammlung in Blankenstein a. d. Ruhr fielen, soll das neue Blatt „weder parteipolitische Tendenzen verfolgen, noch im konfessionellen Fahrwasser schwimmen, sondern rein wirtschaftliche Arbeiterinteressen vertreten“. Wengleich wir auch eine bessere Vertretung der Arbeiterinteressen durch die Tagespresse verlangen, so erscheint uns dieser Plan denn doch als ein zu gewagter. Eine Tageszeitung, die weder Politik treiben, sich noch mit anderen als „rein wirtschaftlichen Angelegenheiten des Arbeiters“ befassen soll, ist ein Un Ding. Wenn aber die an der Gründung interessierten Leute glauben, hierdurch ein wirksames Agitationsmittel für die Gewerkschaften (S. D.) gefunden zu haben, so mögen sie ruhig gründen. Unser Arbeiterstand ist denn doch noch nicht in dem Maße verflacht, um eine nur „rein wirtschaftliche“, geistige Kost tagtäglich zu verlangen. Da auch die Gründer wissen, daß es sich nur wenige Arbeiter leisten können, mehrere Tagesblätter zu halten, so wäre infolge der Faltung des neuen Blattes, die Gründung geradezu eine Verleibigung der denkenden Arbeiterschaft.

**Gewerkschaftliches.**

Eine sozialdemokratische Lügengeschichte aus Bamberg. Durch den gesamten sozialdemokratischen Blätterwald geht eine Notiz, durch welche unser Mitglied Albert in Bamberg beschuldigt wird, während einer Bewegung alles dem Meister der Firma hintertragen zu haben. Zu dieser Verleumdung erklärt Kollege Albert eine Erklärung, der wir folgendes entnehmen:

„Ich erkläre diese Behauptung von Anfang bis Ende für un wahr. Ich kam nicht eher zum Meister, als die Kommission, zu der auch ich als Mitglied vom christlichen Verband gehörte, zum erstenmal im Kontor desselben, dies war nach 11 Uhr, vorstellig wurde. Wenn ich wirklich den Demunzianten oder Judas gespielt hätte, was selbst die Kollegen vom sogenannten freien Verband kaum glauben werden, so würde mich doch der Meister mit Recht für einen ganz ehrlosen Schurken bezeichnen müssen, der heut so, morgen wieder anders spricht. Oder kann vielleicht ein Kommissionsmitglied behaupten, ich hätte den Rückzug angetreten? Gewiß nicht!“

Die zweite Versammlung fand drei Tage später statt, weil die Firma erklärte, in die Forderung, welche die Arbeiter bezw. die Kommission stellten, nicht einwilligen zu können. Nach dieser zweiten Versammlung verließ ich ungefähr um 1 Uhr das Versammlungslokal. Der Heimweg führte mich an der „Goldenen Krone“ vorüber. Dort stand ein nichtorganisierter Arbeiter, der mir zurief: „Albert, komm' mal herein, drinnen in der Küche ist ein Mitglied vom deutschen Holzarbeiterverband und spricht mit dem Meister“. Was hinter der Thür gesprochen wurde, weiß ich nicht. In der Wirtschaft selbst bin ich mit dem Meister nicht ins Gespräch gekommen. Beim Austritt frug mich derselbe vor der Wirtschaft: „Nun, ich glaube, Ihr wollt heute schon das Arbeiten einstellen?“ Darauf sagte ich, es wäre damit nicht so eilig; er möchte doch nachgeben; denn es wäre nur sein Schaden, wenn er diese kleine Forderung nicht bewillige. Er hätte noch drei Tage Bedenkzeit. Die Angelegenheit hätte jetzt die Zentralkommission in den Händen.

Das ist der Sachverhalt! Den Artikelschreibern der „Fr. Volkstribüne“ aber rufe ich zu: Kehret vorerst vor Eurer Thür, Dort findet Ihr die größte Schmier'.

J. Albert, Georgenstraße 10°.

Es wird uns ferner noch mitgeteilt, daß in dem betreffenden Betriebe früher nur sozialdemokratisch organisierte Arbeiter schafften. Christliche Arbeiter wurden garnicht eingestellt. Erst in der Letztzeit gelang es, drei Mitglieder unseres Verbandes in den Betrieb hineinzubringen. Jetzt erst stellte man Forderungen, wobei ein Mitglied des sozialdemokratischen Glaserverbandes erklärte: „Wenn die Christlichen mitmachen, dann geht's durch; denn ich habe die Erfahrung im Rheinland gemacht“. Und nun kommen die „Freien“ und greifen in ackerländerischer Weise die Ehre eines Kollegen an. Güt! sozialdemokratisch!

Was ist parteipolitische Neutralität? Nach dem „Korrespondenzblatt“ des „neutralen freien“ Verbandes der Tagelöhner, scheint diese nur in der Unterstützung und Agitation für die Sozialdemokratie zu bestehen. In einem Aufsatz „Kirche, Schule und Proletariat“ betitelt, der in der Nummer 21 des genannten Blattes enthalten ist, liest man:

„Die Kräftigung der Sozialdemokratie auf allen Gebieten ist die einzig verlässliche und Erfolg versprechende Gegenaktion der Arbeiterschaft gegen die augenblicklichen und gegen alle zukünftigen schuldlichen Umtriebe des Bürgertums.“

Was die Schule mit der Gewerkschaftsbewegung zu tun hat, vermag man

**Bekanntmachung.**

Die neu gegründete Zahlstelle Cöln-Deuz erhält die Genehmigung einen Sozialbeitrag von 5 Pf. die Woche zu erheben.

**Lohnbewegung**

Zugang ist fern zu halten von Schreibern, Stellmachern und Maschinenarbeitern nach Dilllage (Firma Holzhaus A. G.), von Schreibern nach Berlin und nach Alteneffen (Industrie für Holzverwertung).

Das erfolgreiche Eingreifen unseres Verbandes bei dem Streik in der Cöln-Ehrenfelder Waggonfabrik bringt, wie dem „Kölnischer Lokalanzeiger“ aus Gewerkschaftskreisen geschrieben wird, die Führer des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes vollends aus dem Häuschen. Verursachte deren Haltung schon während der Bewegung unter allen denkenden Arbeitern großes Kopfschütteln, so wird dieselbe jetzt von den über die Bewegung unterrichteten Arbeitern einfach nicht verstanden. In der „Rhein. Zig.“ läßt sich der sozialdemokratische Verband über den Ausgang des Ehrenfelder Ausstandes also vernehmen:

„Erreicht worden ist nichts, es seien denn ein paar Nebenächlichkeiten (?), wegen deren man nicht in einen Streik zu treten braucht. Dieser Mißerfolg (!?) ist die Schuld des christlichen Holzarbeiterverbandes, dem sich in letzter Stunde der Hirsch-Dundersche Gewerksverein angeschlossen hatte. Hinter dem Rücken des deutschen Holzarbeiterverbandes ist der schmählichste Verrat (!) an der Arbeiterfrage begangen worden, der jemals in einer Lohnbewegung vorgekommen ist. Unsere Kollegen müssen also unter diesen Umständen bedingungslos die Arbeit aufnehmen. Wir werden auf diese Heiligkeit der christlichen Streikbrecherorganisation (!) zurückkommen.“

Das ist die Sprache der Blamierten von Cöln-Deuz! Nun vergleiche man einmal den Verlauf und den Erfolg der beiden Ausstände in der

Ehrenfelder Waggonfabrik Deuzer Waggonfabrik

1. Der christliche Holzarbeiterverband kam bei dem kräftigen Holzarbeiterverband als die am stärksten band kam bei dem Ausstand beteiligte Organisation in als die weitaus stärkste beteiligte Organisation in Betracht.

2. Die Arbeiter beschloßen Seit Jahren galt der Betrieb den Ausstand, nachdem keiner als eine Hochburg des sozialistischen Jugendverbände demokratischen Verbandes seitens der Firma gemacht Bekannte „Genossen“ waren wurden, einstimmig. dort beschäftigt.

3. Nach Ablauf der Kündigung traten die Arbeiter beschloßen von nur ungefähr geschlossen in den Ausstand, der Hälfte der Holzarbeiter. Auch die Kolonnen: etwa 160 waren nicht einmal führer schlossen sich ein in der entscheidenden Vermittlung an.

4. Nach erfolgtem Ausstand wurde mit der Firma selbst über 90 dagegen folgende Vereinbarung getroffen: 1. Die Forderung der Kündigung gingen die, der Freistellung des Werks zum Teil sechs Jahre in zeuges wird seitens der Direktoren genehmigt. 2. Die Früh- und Wesperrausen sollen Jahren als sozialdemokratisch um je fünf Minuten verlängert werden, so daß also beide Klassen bekannten Kolonnen-Pausen je zwanzig Minuten führer hin und nahmen ihre beitragen. Die Arbeitszeit bei Kündigung zurück. Das nicht trägt in Zukunft nicht nur für allein, dieselben veranlassen die Holzarbeiter, sondern für auch die übrigen Arbeiter, alle Arbeiter, etwa 1000 dasselbe zu thun. Andererseits

3. Soll auf Antrag mehrerer ein sozialdemokratisch organisierter Holzarbeiter in eine Prüfung starrer Kolonnenführer, der berechneten Arbeitszeit eingerechnet selbst heimlich die Kündigung werden, welche angeordnet wurde, bei den lich zu niedrig seien, und Arbeitern das große Wort wenn möglich, Abhilfe geschaffen werden. 4. Wenn aufforderte: Ueberstunden gemacht werden müssen, so ist dies den Arbeitern im Laufe des Vormittags mitzuteilen. Das Herbeischaffen des schweren Materials wird durch die Hilfsarbeiter besorgt. 5. Der Arbeiterausschuß soll im Bedarfsfälle häufiger wie bisher zusammenzutreten, um der kräftigen Führern der vom Direktion etwaige Wünsche vorzutragen. 6. Die Direktion erklärte sich bereit, alle Arbeiter, ratene Versuch, der Bewegung welche bis Dienstag den 1. d., wenigstens einen ordnungsgemäßen Arbeitswieder aufgenommenen maßigen Abschluß zu geben, oder ihre Bereitwilligkeit hierzu zu erklären haben, wieder einzustellen, ohne die Zeit der Arbeitsunterbrechung anzurechnen. — Die Arbeiter gehen, bei der Bewegung sind, wie wenn auch die Forderungen ein „Genosse“ selbst in der nicht alle durchgesetzt werden letzten Versammlung erklärte, konnten, mit Ehren aus der Bewegung hervor. Auch ist es verhältnißmäßig worden, daß kräftigen Holzarbeiterverband, zwischen den Arbeitern und sondern auch für die sozialdemokratische Firma nach dem Streik demokratische Partei.“ Das eine erbitterte Stimmung Ende der Bewegung war ein

zurückbleibt.

**Nichts.**

Selbst im letzten Augenblick wurde von den sozialdemokratischen Führern der vom Direktion etwaige Wünsche vorzutragen. 6. Die Direktion erklärte sich bereit, alle Arbeiter, ratene Versuch, der Bewegung welche bis Dienstag den 1. d., wenigstens einen ordnungsgemäßen Arbeitswieder aufgenommenen maßigen Abschluß zu geben, oder ihre Bereitwilligkeit hierzu zu erklären haben, wieder einzustellen, ohne die Zeit der Arbeitsunterbrechung anzurechnen. — Die Arbeiter gehen, bei der Bewegung sind, wie wenn auch die Forderungen ein „Genosse“ selbst in der nicht alle durchgesetzt werden letzten Versammlung erklärte, konnten, mit Ehren aus der Bewegung hervor. Auch ist es verhältnißmäßig worden, daß kräftigen Holzarbeiterverband, zwischen den Arbeitern und sondern auch für die sozialdemokratische Firma nach dem Streik demokratische Partei.“ Das eine erbitterte Stimmung Ende der Bewegung war ein

Der sozialdemokratische Verband hält jetzt in Cöln Protestversammlungen ab, wo über den „Arbeiterverrat“ (!?) des christlichen Holzarbeiterverbandes Reden gehalten werden. Damit will man aufheben die

„Genossen“ über die blamablen Hereinsfälle hinwegtäuschen. Wie nämlich gemunkelt wird, regnet es selbst aus den Kreisen der „Genossen“ Vorwürfe gegen ihre Führer. Für den christlichen Holzarbeiterverband sind die Protestversammlungen ein Zeichen seiner wachsenden Bedeutung. Wie nannten die „Freien“ doch noch im Frühjahr unsern Verband? Das „totgeborene Kind“, das „Organisationsgen“, das „Vereinsgen“ usw. Und heute steht man sich genötigt, mit Protestversammlungen gegen das „totgeborene Kind“ vorzugehen. O Ironie! Damit unsere Mitglieder aber sehen, wie sich das „totgeborene Kind“ entwickelt, sei mitgeteilt, daß wir im letzten Jahre über 100% an Mitgliedern in Cöln (einschließlich Mülheim und Ralf) gewonnen haben und daß wir zur Zeit ca. 700 Mitglieder zählen. Das ist der beste Beweis, wie die Kölner Holzarbeiter urteilen.

Erfolgreicher Streik in Revelaar. Die Einwohner des bekannten Wallfahrtsortes Revelaar wurden vergangene Woche aus ihrer friedlichen Ruhe durch ein dafelbst außergewöhnliches Vorkommnis, durch einen Streik, aufgeweckt. Die organisierten Arbeiter der Rheinischen Kreuzfabrik von Fritz Iding waren sämtlich in den Ausstand getreten, weil sie das ihnen gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht sich nicht verkümmern lassen, und ihre eifrigsten Kollegen nicht gemahregelt sehen wollten. Beteiligt waren an dem Streik 8 Mitglieder unseres und 20 Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes. Freitag den 14. Oktober sollte in einer öffentlichen Versammlung zu dem Fall Stellung genommen werden. Ehe diese Versammlung jedoch stattfand, wurden von Seiten des Herrn Bürgermeisters Verhandlungen angebahnt, welche denn auch von Erfolg gekrönt waren. Erreicht wurde die Anerkennung der Organisation mit dem Versprechen, keinem der Kollegen wegen der Zugehörigkeit zur Organisation mehr Schwierigkeiten zu bereiten; Einstellung sämtlicher entlassenen Kollegen und Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von 11 auf 10 1/4 Stunden. Nach diesen schriftlich getroffenen Vereinbarungen trug die öffentliche Volksversammlung, welche in dem Städtchen das Tagesgespräch bildete und von weit über 500 Personen besucht war, einen mehr agitatorischen Charakter. Am anderen Morgen wurde dann die Arbeit wieder aufgenommen. Mögen aber nun auch alle übrigen Arbeiter aus diesem ersten Erfolge eine Lehre ziehen, ihrer Organisation fester denn je anhangen und die übrige noch sehr große indifferente Masse ebenfalls der Organisation zuführen.

Der Ausstand bei der Firma Schütt in Czerkl wurde nach mehrtägiger Dauer durch einen Vergleich mit der Firma beigelegt. Von unserm Verbande waren 23 Kollegen beteiligt, während die Mehrzahl dem Hirsch-Dunderschen Verband angehört.

Im Streik befinden sich die Kollegen der Firma „Planocyl-Werk Industrie für Holzverwertung“ in Alteneffen. Der Grund des Ausstandes bilden Differenzen über die Akkordarbeit. Zugang ist fernzuhalten.

**Aus den Zahlstellen.**

München. Bisher haben wir es vermieden, unser Organ der Segner wegen in Anspruch zu nehmen, obwohl hierzu schon öfters Anlaß geboten war. Wir waren eben jederzeit bestrebt, die bestehenden Gegensätze abzuschwächen, um dort, wo es die Interessen erfordern, ein friedliches Zusammengehen zu ermöglichen. Leider müssen wir konstatieren, daß auch die beste Absicht unsererseits bei unseren Gegnern wenig Würdigung findet. Bessere Stellen sich, wie fast überall, auch hier auf den nackten Probenstandpunkt. Bei Differenzen z. B. an denen wir nicht beteiligt sind, wird uns nie Mitteilung gemacht. Fragt man aber aus Unkenntnis ein Mitglied von uns auf einer solchen Werkstatt um Arbeit an, so scheut man sich nicht, die niedrigsten Verdächtigungen gegen uns zu schleudern und wiedererst dieselben auch dann nicht, wenn man vom Gegenteil überzeugt worden ist. Die Schuld an der unehrlichen Haltung uns gegenüber trägt nicht zuletzt auch die sozialdemokratische Presse, die ja für die christlich denkenden Arbeiter überhaupt nur mehr Spott oder Verdächtigungen übrig hat. So brachte auch das Münchner sozialdemokratische Organ über die Lohnbewegung der Schreiner in Köln einen Artikel, der weiter nichts enthält, als die Unterstellung, als wären die christlich organisierten Schreiner in Köln mit den dortigen Unternehmern verbrüderet und kämpften nun gegen jede Verbesserung und gegen den „freien“ Verband. Daß die „Genossen“ eine solche blöde Unterstellung als bare Münze nehmen, versteht sich von selbst. Wir verlangten von dem sozialdemokratischen Organ eine objektive Feststellung der Thatfachen. Man sagte uns dies seitens der Redaktion auch zu, jedoch mit dem Bemerkten, sich nochmals in Köln über die Sache zu erkundigen. Na, und wie diese Erkundigung angefallen sein muß, darüber kann sich jeder sein Urteil leicht bilden, wenn wir sagen, daß bis jetzt noch kein Wort darüber gebracht worden ist, obwohl seitdem 10 Wochen verlossen sind. Das Gegenteil von diesem Wissen, können wir auch bei den Führern der hiesigen Zahlstelle des deutschen Holzarbeiterverbandes antreffen. So räumte sich ein bekanntes Ausschuhmittelglied und Angestellter bei der Krankenkasse, der Erfolge einer Lohnbewegung in der größten Hofmöbelfabrik hier am Plage, an der er auch als Vertreter des freien Verbandes teilgenommen hat, ohne eine Ahnung davon zu haben, daß unterdessen daran 18 Mitglieder beteiligt waren. Daraus

aufmerksam gemacht, meinte er, man solle ihn doch nicht so anlägen. Daß ein Ausschuhmittelglied und Vertreter bei einer Lohnbewegung so schlecht unterrichtet ist, hatten wir bisher nicht geglaubt. Es gibt eben Leute, denen der Wunsch genügt, um sich über die Thatfachen hinwegzusehen. Denn nur so ist es zu verstehen, wenn der Gauvorstand Reith in der Holzarbeiterzeitung berichten konnte, der christliche Holzarbeiterverband hätte in seinem Gau bereits vollständig abgewirtschaftet, bis auf einige Mitglieder in München. Allerdings, könnte man uns todtreden oder tothschreiben, dann lebten wir schon lange nicht mehr. Indessen befinden wir uns ganz munter und sind auch in der Lage, dem Herrn Reith zu seinem Selbstwesen mitzutellen, daß wir gerade in seinem Gau die besten Fortschritte machen. Seit dem Bericht hat sich die Zahl der Zahlstellen um 7 vermehrt und weitere Gründungen stehen in Aussicht. Das beste Zeugnis aber über unser Vorwärtsschreiten zeigt der Jännerartikel in der Holzarbeiterzeitung über Benggries, wo die „freien“ abgewirtschaftet haben und an deren Stelle wir nun getreten sind. Was nun München anbelangt, so mußte doch Reith selbst zugeben, daß wir unsere Arbeitslosen schneller unterbringen, als es bei ihnen der Fall ist. Bitter genug für einen Gauvorstand des freien Verbandes, wenn er sich auf Seite der Christlichen stellen muß, um nicht die Verantwortung für die Folgen einer ausschließlichen Bewegung seinen Reuten gegenüber zu übernehmen, wie es thatsächlich der Fall war. Dann natürlich wird von seinen Reuten auch der Herr Gauvorstand nicht gespart und auch er nachträglich mit Liebenswürdigkeiten überschüttet, wie Bremser u. s. w. Eines noch wollen wir den Kollegen mitteilen. In einer Werkstätte-Versammlung einer größeren Möbelfabrik, wurde über die Verschiebung der Arbeitszeit gesprochen, und schließlich von den „Freien“ beantragt, der Gauvorstand solle die Angelegenheit erledigen. Zufällig besitzen wir hier die Majorität und unerfährte wurde beantragt, Einsetzung eines Arbeiterausschusses der die Angelegenheit in die Hand zu nehmen habe. Dieses wurde auch mit Majorität angenommen. Nun stellte sich heraus, warum man gegen das Vorkstelligwerden war, nämlich, weil die „Freien“ in Verlegenheit kamen, denn niemand wollte aus purer Angst mitthun. Schließlich fand man einen stabileren Streikbrecher, von dem der Vertreter nicht mal sagen konnte, ob derselbe noch Mitglied war und gut genug den sozialdemokratischen Verband neben einem andern zu vertreten. Da nun der Unternehmer erklärte, für den Ausfall der Arbeitszeit sei er nicht zu haben, lieber gebe er die 9stündige Arbeitszeit, allerdings ohne Lohnerhöhung, so wurde eine zweite Versammlung notwendig, um hierbei haben wir so recht Gelegenheit gehabt, das große Organisationsmerk des deutschen Holzarbeiterverbandes zu bewundern. Während unsere Mitglieder wie ein Mann sich darüber einig waren, vorläufig die gebotene 9stündige Arbeitszeit anzunehmen, wurde bei den „Freien“ fest darauf losgestritten. Ramentlich einer, der sich rühmte, ein langjähriges Mitglied der „Freien“ zu sein, nahm bereits 2 Stunden in Anspruch, um gegen die 9 Stunden zu sprechen und das in einer Weise, die der Vertreter der „Freien“ selbst als Kabiat bezeichnete. Unter anderm meinte er auch, eine halbe Stunde früher oder später anfangen, das mache bei ihm nichts aus. Doch war der ganze Zweck des Kabaumachens der, mit den Christlichen in Streit zu geraten, um so jede Beschlußfassung zu verhindern. Jedoch ließen sich unsere Kollegen darauf nicht ein und so stritt er mit dem Vertreter seines Verbandes herum. Schließlich kam es zur Abstimmung und der Antrag auf 9stündige Arbeitszeit wurde gegen 3 Stimmen angenommen und beschloßen, ab Montag, statt um 1/7 Uhr um 7 Uhr zu beginnen. Und siehe da! Als die Kollegen am Montag um 7 Uhr in die Fabrik kamen, hatten 3 Auch-Kollegen schon eine 1/2 Stunde hinter sich. Dem Herrn Reipart aber wollen wir den guten Rat geben, wenn er wieder einmal Bedürfnis empfindet von sich Reden zu machen, so soll er es nicht durch dumme Geschwätz gegen die Christlichen versuchen, sondern viel zweckmäßiger wird es sein, wenn er seine Zeit und die Druckswärze dazu verwendet, seinen Mitgliedern wenigstens die elementarsten Begriffe von dem Zwecke der Organisation beizubringen. Sicherlich würde er dann eher an Ansehen gewinnen und seinen Reuten manche Verlegenheit ersparen.

Schramberg. Durch diese Zeilen wollen wir den Verbandskollegen wieder einmal etwas von unsern Fabrikverhältnissen zum Besten geben. Vor etwa 6 Wochen haben sich die Arbeiter der Zusammenfertiger einer hiesigen Uhrenfabrik genötigt, eine Werkstattversammlung einzuberufen, waren doch die Preise auf die neuen Sorten Uhrentasten so gestellt, daß kaum das Wasser für die Suppe verdient wurde. Die Versammlung hatte den Erfolg, daß sich wenigstens mal alle Kollegen organisierten. Sie thaten das allerdings erst dann, als ihnen das Wasser in die Ohren lief, denn ein Kollege (gelernter Schreiner) der 23 Jahre in dieser Fabrik arbeitet, verdient sage und schreibe in neun vollen Arbeitstagen 18 Mark. Der durchschnittliche 12tägige Lohn betrug bei allen noch 20 bis 28 Mark. Woher kam nun dieses? Antwort: „Es ist dies der Werkführer B. und der Vormann Sch. Schuld, die so gut kalkulieren können. Man sollte es fast nicht für möglich halten, daß der letztere, obwohl früher auch nicht zufrieden, solches machen könnte. Er ist nun seit Monat Mai Vormann und seitdem hat allem Aufsehen nach die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bei ihm aufgehört. Was dann den Werkführer anbetrifft, so meinte der, scheint's, wenn er ein schneidiges „Was“ an die Kollegen hinschürte, so sei die Sache abgethan, doch dem war nicht so. Nach der ersten Werkstattversammlung wurde die gewählte Kommission beim Arbeitgeber vorstellig. Dieses hatte zur Folge, daß er die Lohnbücher verlangte, um nachzusehen, wie die Sache stehe. Er gab der Kommission nun den Bescheid, sie sollen einschreiben lassen und wenn B. wieder da sei (ging am Tage, wo die erste Versammlung stattfand, in Erholungsurlaub) so wolle er die ganze Angelegenheit regeln. Die Arbeiter fügten sich und ließen nun den Sch. einschreiben, was man ihm vorher verweigerte. Nach einigen Tagen wurde abermals eine Versammlung einberufen und folgenden Tages wurde die Kommission wieder vorstellig. Diesmal war der Vormann

Sch. dabei. Die betreffende Kommission keerte nun in seiner Gegenwart den Kropf gründlich und mußte Sch., da nur die reine Wahrheit gesprochen wurde, sich auch alles gefallen lassen. Er stand da, wie man sagt, wie's Kind im Dreß. Es wurde da auch die Meldung gemacht, daß sie seiner Zeit auf Ersuchen eine Preisliste im Arbeitslohn aufhängen erhalten haben und daß nun, seit Sch. seines Amtes waltete, diese nur selten zum Vorschein komme, denn er habe sie fast immer in seinem Pult eingeschlossen. Als nun V. wieder vom Urlaub zurückkam, wurde der Fall erledigt und ist auch zu Gunsten der Arbeiter ausgefallen, wenn es auch noch manches zu wünschen gibt. Wir können nun aus diesem ersehen, wie eigenmächtig oft Werkführer und Vorsteher handeln und wenn man an die rechte Quelle mit ihnen geht, daß sie sich dann auch bücken müssen. Es darf jeder sicher sein, daß die Fabrikleitung hiervon nichts wußte. Die Herren V. und Sch. dachten halt jedenfalls, die Arbeiter sind nicht so geistig etwas heraus. Sie haben jedoch die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Sollten sie so frei sein wieder solches zu leisten, dann werden auch wir so frei sein und ihre Namen veröffentlicht. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß schon einige Wochen früher ein Kollege wegen Schikanererei von Sch. das Feld räumte oder räumen mußte, aber jetzt ist das Sprichwort wahr geworden: „Der Krug geht solange zum Brunnen bis er zerbricht“. So viel man sieht, sind beide ein bißchen jahmer geworden und das soll ihr Glück sein. Es wiewt sich mir nun unwillkürlich die Frage auf, warum können sich auch die Schwarzwälder erst entschließen der Organisation beizutreten, wenn es mal so weit gekommen ist, daß sie kaum mehr das Essen verdienen? Ist es Unkenntnis oder Gleichgültigkeit oder beides zusammen? Bepreter trifft wohl zu und deshalb, Kollegen, ist es unsere Pflicht, daß wir, die wir den Gewerkschaften danken und ganz sicher haben, solche Arbeiter belehren und ihnen die Gleichgültigkeit und Interessenlosigkeit austreiben. Haben wir dieses fertig gebracht, so dürfen wir überzeugt sein, daß sie beitreten und haben wir erst dieses erreicht, dann sind wir mit der Forderung unserer wirtschaftlichen Lage ein gut Stück vorwärts gekommen. Dies ist aber nur möglich, wenn jeder seinen Mann stellt und mit dem Entschluß anharrt: ich weiche nicht von meinem Posten, bis auch mir, dem Arbeiter, das gleiche Recht zu teil geworden ist, das andere Stände genießen, und habe ich dieses erreicht, dann werde ich mich auch wehren, das Erklämpfte zu erhalten.

Gildesheim. Unsere am Sonnabend den 8. Oktober stattgefundene Versammlung war diesmal gut besucht. Es wurde wohl daher kommen, daß wir den hier als thätigen Redner weit und breit bekannten Maurer Blau als Referenten für die Versammlung gewonnen hatten. Derselbe sprach über die Entstehung und Entwicklung der deutschen Gewerkschaften bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes 1878. In 14-stündiger Rede verstand er es, die Kollegen auf das aufmerksamste zu fesseln. In Kürze wollen wir hier einiges wiedergeben. Das Jahr 1868 war für die deutschen Gewerkschaften das Geburtsjahr, wurde doch im September desselben Jahres an drei verschiedenen Orten der Gewerkschaften zur deutschen Gewerkschaftsbewegung gelegt. Drei politische Richtungen bemühten sich, Arbeiterbewusstsein zu erwecken, um dieselben in ihrem Interesse auszunutzen. Die links- und mitteldeutschen Demokraten unter Führung von Bebel und Liebknecht; die Lassalleaner unter Dr. v. Schweiger; die Fortschrittspartei unter Max Hirsch. Der Redner ging dann auf die drei Richtungen näher ein und schloß die Rede mit der Aufforderung, daß die deutschen Gewerkschaften alle parteipolitischen Streitfragen streng fern zu halten. Jeder Kollege müsse mit arbeiten in der Agitation für unsere Verbände und bestrebt sein, praktische Gewerkschaftsarbeit zu leisten. An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Diskussion. Nach derselben ließen sich 4 Kollegen neu aufnehmen. Kollegen, nehmt das Schicksal nun auch zu Herzen und handelt darnach. Auch unsere Forderung muß lauten: ein jeder in die Versammlung, ein jeder bei der Agitation. In der nächsten Versammlung muß jeder noch einen Kollegen mitbringen. Wir müssen vorwärts!

Breslau. Sonntag den 9. Oktober hielten die hier vertretenen christlichen Gewerkschaften eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab. Das Referat hierzu hatte Generalsekretär Stegerwald aus Köln übernommen. Der Redner schilderte zunächst die wirtschaftlichen Zustände bis zur Einführung der Gewerbefreiheit, zeigte alsdann wie durch das rasige Anwachsen der Großbetriebe die Zahl der wirtschaftlich abhängigen Lohnarbeiter sich ständig vermehrte. Niemand kann es diesen nun verkennen, wenn sie ihre Existenz möglichst menschenwürdig gestalten wollen. Dies sei aber nur zu erreichen durch engen Zusammenhalt aller Berufsangehörigen. Der Referent wies sodann nach, wie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen nicht allein dem Arbeiter Vorteile bringe, sondern einen Kulturfortschritt für die Allgemeinheit bedeute. Leider sei es einem großen Teile der Arbeiter nicht möglich gewesen, sich den sogenannten freien Verbänden anzuschließen, indem diese sich der sozialdemokratischen Partei dienstbar machten. Für die christlich und national gesinnten Arbeiter wurde es daher zur Notwendigkeit, sich in eigenen christlichen Gewerkschaften zu organisieren. Dem Vortrag, daß es damit nur auf eine Befriedigung der Straße abgesehen sei, zum Schaden der Arbeiter, begegnete man am besten dadurch, daß die christlichen Gewerkschaften überall die Initiative ergreifen und ernstlich für die Interessen der Arbeiter eintreten; eine weitere Aufgabe sei die geistige Bildung der Arbeiter, welche zum Teil noch den großen sozialen Fragen gleichgültig gegenüberstehen. Der Redner behauptete es, daß neuerdings der Versuch gemacht werde, die Gewerkschaften konfessionell zu trennen. Die wirtschaftlichen Interessen seien gemeinsam und hätten mit den wirtschaftlichen Interessen nichts zu thun. Nach einer lebhafte Diskussion zur Förderung der christlichen Gewerkschaften schloß der Redner seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. In der darauffolgenden Diskussion bekannte sich Herr Pastor Spät als aufrichtigen Freund der christlichen Gewerkschaften, forderte aber strenge Neutralität gegenüber den Konfessionen und Parteien, sowie auch unbedingten Eifer des Christen gegenüber dem

Terrorismus anders gefinnter. Arbeiterssekretär Neumann-Reiffe behauptete die konfessionelle Seite gewisser Zeitungen zum Schaden der Arbeiter und forderte mehr positive Beihilfe der Presse zur Förderung der christlichen Gewerkschaften. Nach einem kurzen Schlußwort von Seiten des Referenten wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die christliche Arbeiterbewegung geschlossen. Am Nachmittage fand eine Konferenz der Vertreter der Zahlstellen Schlesiens statt, an welcher außer etwa 25 Delegierten Generalsekretär Stegerwald, Arbeiterssekretär Ränger, Breslau, und Arbeiterssekretär Neumann, Reiffe, teilnahmen. Nachdem der Situationsbericht der einzelnen Zahlstellen erstattet war, fanden längere Diskussionen statt, bei welchen es sich hauptsächlich um die Frage handelte, wie in dem besonders schwierigen Gebiet Oberschlesiens am zweckmäßigsten die christlichen Gewerkschaften zu fördern seien. Die Kollegen unserer Zahlstelle seien nochmals daran erinnert, daß sich akademisch gebildete Herren der verschiedensten Berufe bereit erklärt haben, in unseren regelmäßigen Mitgliederberatungen Vorträge zu halten. Vollständiges und pünktliches Erscheinen ist Pflicht jedes einzelnen. Möchte es sich jeder zur Aufgabe machen, wenigstens ein neues Mitglied dem Verbande zuzuführen, damit die aufgewendete Mühe nicht vergebens ist und wir endlich in Breslau und in Schlesien vorwärts kommen.

Jimmenstadt. Sonntag den 9. Oktober hielten wir eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, bei der ein guter Besuch zu verzeichnen war. Geleitet wurde die Versammlung vom Vorstand Baubregel. Als Referent war der Obmann des Eisenbahnerverbandes Jimmenstadt, Kollege Degenmeyer erschienen. In seinem Referat sprach er über die Notwendigkeit der Organisation. Redner gab in seinem 1/2stündigen Vortrag viele Erfolge kund, die sie in ihrem Verbands durch die Organisation errungen haben. Er legte uns auch einige Punkte der Agitation klar und wies uns besonders daraufhin, durch fleißige Agitation immer mehr und mehr Mitglieder zu gewinnen. Redner schloß dann seinen Vortrag mit dem Wunsch, daß auch die Zahlstelle Jimmenstadt mit baldigem Erfolg sich freuen möge. Der Vortrag fand bei allen Mitgliedern großen Beifall. Vorstand Baubregel dankte dem Referenten für sein Erscheinen und seine Bemühungen. Es ließen sich sodann 2 Kollegen aufnehmen und beträgt die Zahl jetzt 16. Bestimmt wurde, am 18. November eine öffentliche Versammlung abzuhalten, bei der als Referent Kollege Köblach aus Mähren erscheinen wird. Die Mitglieder begrüßten dies umso mehr, da ja Kollege Köblach Gründer unserer Zahlstelle und sehr beliebt ist. Es verspricht somit die Versammlung für den 18. November eine gut besuchte zu werden, da auch andere Kollegen ebenfalls eingeladen sind.

Düffeldorf (Zimmerer). In der letzten Versammlung der Zahlstelle der Zimmerer referierte Kollege Bieten aus Urbenbach über die geschichtliche Entwicklung der deutschen Gewerkschaften und betonte, daß der freie Arbeitsvertrag nur dann wirklich gelte, wenn die Arbeiter geschlossen organisiert den Arbeitgebern gegenüberstünden; der Einzelne sei machtlos. Redner forderte zu fleißiger Werbearbeit für die christliche Gewerkschaftsbewegung auf, der jeder christlich gesinnte Arbeiter sich anschließen müßte. Sodann wurden als Vertrauensmänner gewählt die Kollegen: Kollhoff, Gahenmeier, Dieken, Höder, Senje, Gbete, Becker und Dieckhaus, welche zugleich die Stelle als Wahldelegierte vertretten. Im Schlußwort beleuchtete der Referent die Wichtigkeit des Vertrauensmännerstimmens und legte allen Anwesenden ans Herz, als treue Gewerkschaftler und echte Kollegen zusammenzuhalten zum Wohle der Allgemeinheit. Ein kräftiges Hoch auf unsere neue Zahlstelle schloß die schöne Versammlung.

M.-Glabbach, den 13. Oktober. Die letzte Mitgliederversammlung (9. Okt.) war erfreulicherweise sehr gut besucht. Der Schriftführer erstattete den Quartalsbericht. Wir haben viel gewonnen in dieser Zeit. Trotzdem sich zwei Zahlstellen aus der M.-Glabbacher heraus entwickelt haben, zählt die Unserige heute noch über 70 Mitglieder. In diesem Tempo muß es weiter gehen. Jeder kann dazu beitragen. Nachdem die Wahl der Kassendirektoren, sowie der Delegierten zum Kartell vorgenommen war, schritt man zur Vorstandswahl, da der derzeitige immer noch ein provisorischer war. Der Vorsitzende Hoffmann und der Schriftführer Joss wurden beibehalten, zum zweiten Vorsitzenden wurde Kollege Dr. v. Kleinbroich (hier zählt der Verband nunmehr 23 organisierte Kollegen) und zum Kassierer Kollege Schröder gewählt. Dieser Vorstand wurde durch einige Beflügelte verstärkt. Für jeden Stadtteil ist nun ein besonderer Vertrauensmann gewählt. Für die obere Stadt Waller, Blumberg, Kunsalder, Gärberbroich Mey, Hercules-Dahl Wolf, Pech Ollricher, Windberg, Krappitz, Waldbauern Kreuzer Jakob. Die Versammlungslokale werden in Zukunft so gewählt, daß die Kollegen dieselben mühelos erreichen können. Die Versammlungen selbst finden zukünftig alle 14 Tage, Sonntag abends 6 Uhr statt. Dieselben werden rechtzeitig in der Tagespresse angekündigt. Nach Erleichterung des geschäftlichen Teils hielt Kollege Joss einen beifälligen aufgenommenen Vortrag über die Forderungen der beiden Handwerkerinnungen Magdeburg und Arnstadt, und die Stellung der Gewerkschaften zu denselben. Als Resultat der Betrachtungen ergab sich für ihn, daß sich der größte Teil der Handwerksmeister mit den Gewerkschaften immer noch nicht angelehnt hat, dem Gesellen hingegen eine andere Organisation absolut nicht nützen kann. Die Gewerkschaften seien die zeitgemäßen Organisationen für die Handwerksgehilfen, soweit ihre wirtschaftliche Besserstellung in Frage kommt. Für diese Organisation verlangen wir Freiheit. Jeder trage seinen Teil zur Stärkung dieser Bewegung bei. Die anwesend verlaufene Versammlung wurde nach 1 Uhr mittags geschlossen. Die Kleinbroich'schen Kollegen veranstalteten zu Ehren der scheidenden „Ausrufer“ in Kleinbroich selbst eine Abschiedsfeier. Der Abend verlief in höchster Weise. Mancher Sang stieg, manch tiefempfundenes Wort ward gesprochen, wozu doch die Kleinbroich'schen allen, die sie näher kennen gelernt, und Herz gewonnen. Die großartige Beweinung, die sie uns an dem Abschiedabend zu Teil werden ließen, verdient allgemeinen Lob. Es schließen an dem Abend Kollegen voneinander, die sich im Leben wieder

nie wieder sehen, aber einig finden in dem Gedanken, für dieselben Ideale und Ziele zu kämpfen. Ein treues Andenken werden sie sich stets bewahren.

Frankenstein. All zu viel Gutes können wir von hier nicht berichten. Tieftraurige Zustände sind es, unter denen wir hier arbeiten müssen. Langer Bohn, lange Arbeitszeit sind es vor allem die uns brüden. Es kann aber auch nicht anders sein. Die Beherlingsbacher wie sie hier im Großen betrieben wird, sorgt dafür, daß es an Arbeitsangeboten von Seiten der Kollegen nicht fehlt. Und die Folgen sind natürlich die oben angeführten Zustände. Doch wenn die Kollegen nachbähen, möchte es ihnen doch möglich sein, dem Uebel abzuwehren. Aber das Wortchen „Organisation“ will ihnen garnicht begreiflich werden. Ein kleines Häuflein Kollegen widmen sich mit Eifer der Sache, während die große Masse gar kein Verständnis für die Aufgaben unserer Zeit zu haben scheint. Ja, wenn das Beitragszahlen nicht wäre! „Nehmen ist seliger wie geben“, denkt die große Zahl der Unorganisierten. Wenn es in unseren Versammlungen Freibier statt erster Arbeit gäbe, ließe man sich die Sache noch gefallen. Doch Beiträge zu zahlen ohne in den ersten Tagen einen großen Erfolg zu sehen, wer kann denn solches verlangen? Kommt nicht in einem Tage erbaut worden und ohne Opfer auch keine Erfolge. Die Beiträge aber werden durch den kleinsten Erfolg schon zehnfach verzinst. Haben wir auch bisher infolge unserer Schwäche noch nichts erreichen können, unablässige Arbeit in der Agitation für unseren Verband soll uns auf die Dauer schon Erfolge sichern.

Breslau. Am Sonntag den 2. Oktober hielt unsere Zahlstelle eine Mitgliederversammlung, welche gut besucht war. Zu derselben war Gewerkschaftssekretär Sensing (Hochholt) vom christlichen Legitimationsverband anwesend, welcher in der Versammlung über den Arbeitsvertrag referierte. Seine Ausführungen gingen dahin, daß an Stelle des jetzigen der kollektive Arbeitsvertrag treten müsse. Dieses Ziel sei jedoch nur durch starke Gewerkschaften zu erreichen. Nachdem noch die hiesigen Lohnverhältnisse besprochen und konstatiert war, daß unser Verband bereits über 80 Proz. der hiesigen Kollegen umfasse, richtete der Redner noch einen lebhaften Appell an die anwesenden Maurer, sich zu organisieren. Möge in der nächsten Versammlung kein einziger Kollege fehlen.

Spaichingen. Bei der am Sonntag den 2. Oktober stattgehabten öffentlichen Holzarbeiterversammlung, welche schwach besucht war, beleuchtete der Referent, Kollege Schuster (Luttlingen), die Gewerkschaftsfrage in gut durchdachten Ausführungen. Ein anwesender „frei“ organisierter Kollege, suchte seine Richtung zu verteidigen, wurde jedoch gründlich widerlegt. Es ließ sich ein Kollege in den Verband aufnehmen.

**Arbeitsnachweis.**

Osnabrück. Unser neu errichteter Arbeitsnachweis befindet sich bei Kollege Bohme, Seminarstr. 32. Wir bitten die arbeitssuchenden Kollegen den Nachweis zu benutzen, ebenso die in Arbeit stehenden Mitglieder, offene oder in nächster Zeit frei werdende Stellen sofort zu melden.

**Versammlungs-Anzeiger.**

Versammlungen finden statt:

- Aschaffenburg. 29. 10. 8 Uhr, im Erthaler Hof.
- Bamberg. 30. 10. 10 1/2 Uhr, Wirtschaft zum guten Tropfen.
- Bamberg. 29. 10. 8 1/2 Uhr bei Renfe.
- Bercholt. 30. 10. 11 1/2 Uhr bei Franz Döring, Ostertor.
- Bercholt. 30. 10. 11 Uhr bei Wegener, Germaniaplatz.
- Clevo. (Kaiser u. Kistanm.) 28. 10. 11 1/2 Uhr, bei Drisvar.
- Edla. (Kap. u. Sattl.) 29. 10. 9 Uhr, Zur Henne, Grenzstr. 60.
- Düffeldorf. (Wagenbauer.) 28. 10. 9 Uhr, im Paulushaus.
- Dinklage. 29. 10. 8 1/2 Uhr, bei Bernh. Wittrod.
- Dalmen. 30. 10. 11 Uhr, bei Herrn Dalbrup, Neustraße.
- Essen-Muhr. 29. 10. im Alfrebushaus.
- Furthwangen. 29. 10. 8 1/2 Uhr, Gasthaus zum Bad.
- Goch (Kaiser). 30. 10. 11 1/2 Uhr, im Lok. von Pot. Knops.
- Schweiger. 29. 10. Christlicher Männerverein, Herrngasse.
- Breslau. 30. 10. Nach dem Hochamt, b. Wtho. Wittinghoff.
- Hannover. 29. 10. 8 1/2 Uhr, im Arbeiterverein, Zimmer 3.
- Hagen. 29. 10. 9 Uhr, bei Gastwirt Jof. Stih, Hochstr. 76.
- Herslohn. 30. 10. 11 1/2 Uhr, im Lokale Sotoli, Karrenstr.
- Revelar. 30. 10. 11 Uhr, zum goldenen Hirsch.
- Randshut. 30. 10. 10 Uhr im Moserbau.
- Rausheim. 29. 10. 8 1/2 Uhr, Zur Margaretha, G. 2. Nr. 19.
- M.-Glabbach. 28. 10. 6 Uhr, Wirtsch. Forster, hinter b. Pfarrk. Rehmstr.
- Rehmstr. 29. 10. 9 Uhr, bei Peter Sellwig, Apothekerstr.
- Raderborn. 30. 10. 11 Uhr, bei Lehr, Kleiner Domplatz.
- Reddinghausen. 29. 10. 8 1/2 Uhr, bei Wirt Waltenbauer, Bernerstr. 41.
- Regensburg. 30. 10. 10 Uhr, Jakobinerstraße.
- Schwaberg. 29. 10. 8 1/2 Uhr, im kath. Vereinshaus.
- Spyer. 29. 10. 8 1/2 Uhr, Gasthaus, Zur neuen Post.
- Trier. 29. 10. 9 Uhr, „Im goldenen Brunnen“ Hauptmarkt.
- Verdingen. 30. 10. 11 Uhr, bei Witwe Haslach.
- Wiesbaden. 24. 10. 8 1/2 Uhr, im kath. Gefellenhaus.
- Witten. 29. 10. 8 1/2 Uhr, „Hotel zur Stadt Witten“, Hauptstr.



**Hienfong-Essenz**

die echte, für Wiederverkäufer  
1 Dutzend 2,50 Mk. (30 Flaschen  
7 Mk. kostenfrei überallhin).

Laboratorium P. Seifert, Dittersbach Aa. 84 bei Waldenburg Schlesien.



Brandenburger, Reibung, Seifert, Kurthaus, 6514.  
Wald von Gernig, Reibung, 6514.